



Nr. 560. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 30. November 1874.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

20. Sitzung des Reichstages. (28. November.)
12 Uhr. Am Ende des Bundesrates Delbrück, v. Kämme, Achenbach,
v. Mittnacht, Stephan, Herzog, Geh. Rath Starke, Oberst Fries u. A., später
für Bismarck,

Die erste Beratung des Vertrages zwischen Deutschland, allen europäischen und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, betreffend die Gründung eines Allgemeinen Postvereins leistet der Generalpostdirector Stephan ein: M. h! Indem die verbündeten Regierungen sich in der freudigen Lage befinden, Ihnen heute die Urkunde über die Bildung des allgemeinen Postvereins vorzulegen, bedarf es einer besonderen Empfehlung dieser Vorlage vor dem hohen Hause nicht mehr. In der That enthält dieselbe auch nur die europäische Sanction, die universelle Anerkennung der Prinzipien, denen das Haus bei einer Reihe vorangegangener Berathungen von einzelnen Verträgen bereits seine Zustimmung ertheilt hat. Seitdem diese Körperschaft besteht, als Reichstag des norddeutschen Bundes und als Deutscher Reichstag, sind im Ganzen hier 24 Postverträge zur Verhandlung gelangt; der jetzige macht also gerade das Viertelhundert voll und ist eine Art von Jubiläumskrieg. Die Übereinstimmung und Anerkennung, die das Haus stets den leitenden Grundsätzen dieser Verträge entgegengebracht, konnte nicht anders als ein dankbares Element der Ermutigung bilden nicht allein aus diesem Wege fortzufahren, sondern auch den Versuch zu wagen, die Übereinstimmung der europäischen und bedeutender außer-europäischer Staaten für einen gemeinsamen Act zu erlangen, durch welchen auf dem hier in Frage stehenden Gebiet völlige Einheit und möglichste Freiheit hergestellt werden könnte. Das Ergebnis der dessfallsigen Verhandlungen liegt Ihnen nun vor. Es würde mir nicht anstreben, alle die Schwierigkeiten und Anstrengungen zu erwähnen, deren es bedurfte, um dies Ziel zu erreichen. Es hat ein jeder Beteiligter dabei lediglich seine Pflicht gethan. Es ist ja auch keine neue Erscheinung im Leben der Nationen, daß eine Anzahl europäischer Regierungen sich zu internationalen Aktionen vereinigt hat, die auf die Verwirklichung eines Culturnothritts gerichtet waren.

Ich erinnere an die Tractate, die in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts durch die Mächte abgeschlossen wurden zur Unterdrückung des Sklavenhandels, an die Verträge vom Jahre 1857 und 1863 befußt Abschaffung des Sündzolles, der Welt- und Schelde-Zölle, an die Genfer Convention vom Jahre 1864 zur Ermächtigung des Loses der verwundeten Krieger u. A. Der vorliegende Vertrag aber bezweckt nicht eine Vereinigung, die nur für gewisse Fälle in Anwendung kommen soll und für Zeiten, in denen die Völker im blutigen Kriege gegen einander stehen, er will auf seinem Gebiete eine dauernde Institution, einen fortwährenden Organismus schaffen, seine Anwendung wird täglich und ständig von Land zu Land, von Welttheil zu Welttheil stattfinden, sei es in dem weiten Getriebe der Geschäftsverbindungen oder in den stetigen Vorommitteln des Familienlebens, sei es in den in so riesigem Maße gestiegenen Anforderungen der Presse oder in den Beziehungen der Männer der Kunst und Wissenschaft. Niemand in dieser Versammlung wird von den Wirkungen dieses Vertrages überblendet bleiben. Deutschland wechselt schon jetzt mit den hier in Betracht kommenden Ländern ungeachtet des hohen Postzahls täglich 150.000 Briefe, pro Stunde also 6000. Auf die Beamten der Postverwaltung wird dieser Vertrag seine Wirkung darin äußern, daß eine sehr weitgehende Vereinfachung des Dienstorganismus ihnen die Bewältigung der Arbeit erleichtert. Wir werden eine einheitliche Briefrate von 2 Sgr. haben bei einem gleichförmigen Gewicht von 15 Grammen und für Zeitungen, Drucksachen und Bücher, für die Ereignisse der graphischen Kunst und Compositionen der Muzik, sowie für Handels- und Geschäftspapiere eine Laxe von ½ Sgr. bei einem gleichförmigen Gewicht von 50 Grammen.

Diese Taxen werden auch, wenn die französische Republik, deren freie Entwicklung der Eintritt oder Nichteintritt in den Verein noch offen steht, es in ihrem Interesse liegend erkennen sollte, von dem allgemeinen Concert sich auszuschließen, gleichwohl Anwendung finden auf ein Gebiet von über 700.000 Quadratmeilen mit mehr als 300 Millionen Einwohnern, die z. den civilisierten der Erde gehören. In diesem weiten Gebiet sind für den hier in Betracht kommenden Zweck die politischen Grenzen völlig niedergelegt. Die einzige Waffe, die dies vollbrachte, war der Gedanke. Und das ist vielleicht der höhere Gehalt des vorliegenden Vertrages, wenn Sie ihm einen solchen einräumen wollen, daß er die Möglichkeit gemeinamerikanischer Institutionen auf dem internationalen Gebiete nachweist. Im Vergleich mit den großen politischen Fragen nur von bescheidener Bedeutung, kann er vielleicht doch als die kleine organische Zelle bezeichnet werden, aus der sich im Leben der Völker durch Wärmeentwicklung, starke Verstärkung und durch den Lichteinschluß der Gestaltung vielleicht weitere homogene Gebilde lebensfähig gestalten werden. In jedem Falle vermerket er die Solidarität der Interessen als kräftiges Einigungselement, er verbreitet insbesondere auf seinem Gebiet die Eintracht der Regierungen und eröffnet dadurch vielleicht eine Perspektive auf den Soz: si vis pacem, para bellum. (Beifall!) Und so, meine Herren, übergeben die verbündeten Regierungen diesen Vertrag Ihrer prüfenden Beratung, und lauben Sie mir am Schluss der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß neben den Vortheilen, die er in materieller und geistiger Beziehung gewähren wird, er ein, wenn immerhin kleines und bescheidenes, so doch hoffentlich ein gefundenes Feuer am Delbaum des Volksfriedens sein wird. (Allzeit lebhafter Beifall.)

Abg. Miguel: Ich kann gewiß auf einmütige Zustimmung des Reichstages rechnen, wenn ich sage, daß die Befriedigung, welche die Bundesregierungen über den Abschluß dieses Werkes empfinden, im Reichstage und im deutschen Lande gleichmäßig geholt wird. So verschieden auch unter uns über manche Institutionen und deren Wirkung die Ansichten sein mögen, darin ist doch das deutsche Volk einstimmig, die segensreichen Wirkungen anzuerkennen, welche die Einheitlichkeit des Postverkehrs in Deutschland gehabt hat. Von allen Bänken des Hauses ist dies stets gleichmäßig anerkannt worden. Um so größer ist aber die Befriedigung, wenn wir hier die Grenzen der Nationalität der einzelnen Völker überbreiten und zum ersten Male die Einheitlichkeit, die dem Weltverkehr fehlt, hier angebahnt sehen. Auch wir erblicken darin einen sehr wichtigen Culturnothritt, eine bedeutende Erleichterung und Förderung des friedlichen Verkehrs der Nationen und ein wichtiges Mittel zur Annäherung derselben unter einander. Wir können stolz darauf sein, daß es das junge deutsche Reich war, welches dazu die Initiative ergriff; es gebührt gewiß unserer deutschen Postverwaltung und deren Chef der Dank des Landes, daß er bei diesem großen Werke die Führung übernommen hat. Ich bin überzeugt, der Reichstag wird diesen Vertrag einstimmig annehmen. (Beifall.)

Abg. Miquel: Ich stimme dem Beifall zu dem Universalposte auf dem Gebiete der Post vollständig und ohne das Widerstreben bei, daß mir die Unification der Zustellgesetzgebung einfloß, was mir schwer wurde, mich von Einrichtungen zu trennen, in denen ich aufgewachsen bin, und ich gleichsam aus meiner eigenen Haut herausgezogen werden sollte. Aber ich hoffe die Symphonie der allgemeinen Zustimmung nicht durch einen kritischen Wohlklange zu stören, wenn ich eine einzelne Zustimmung des Vertrages einer Berücksichtigung durch den in Aussicht gestellten Congress empfehle. Nach Artikel 6 sollen unfrankierte oder nicht genügend frankierte Zeitungen und andere Drucksachen nicht befördert, die übrigens unfrankierten Gegenstände aber wie Waarenproben und dergl. wie unfrankierte Briefe taxirt. Für Beides kann ich einen durchschlagenden Grund nicht erkennen. Warum soll man nicht unfrankierte Drucksachen befördern können? Vor allen Dingen aber erscheint mir die lezte Bestimmung als hart und drückend für den Absender. Im Interesse der Correspondenten wie der Geschäftswelt sollte man doch eine mildere Abfertigung treffen. Freilich bestimmt andererseits der Artikel 6 doch einen Fortschritt, und zwar selbst über unser Reichspostgesetz hinaus, und ich wünschte sehr, daß wir bei uns diesen Fortschritt uns zu Nutze machen. Im deutschen Reich werden unfrankierte oder nicht genügend frankierte Drucksachen zwar befördert, aber wenn auch nur das Geringste an der Frankatur fehlt, muß man dafür das Briefporto bezahlen, was unter Umständen einen verhältnismäßig enormen Vertrag ausmacht. So wurde beispielweise dies Exemplar der „Königlichen

Zeitung“, das ich hier in Händen habe, von Köln nach Chamouny geschickt mit einer Frankatur von 1 Sgr. statt 1 Sgr. 6 Pf. In Folge dessen sollte nun der Empfänger 1 Thlr. 3 Sgr. Porto zahlen, und als er die Annahme verweigerte, ging das Exemplar nach Köln zurück, und schließlich mußte der Absender wirklich diesen hohen Betrag entrichten. Eine so harte Bestimmung ist doch nicht zu rechtfertigen.

Abg. Schmidt (Stettin): Will man von Schattenseiten des Vertrags sprechen, so könnte man eine das Briefgeheimnis gewährleistende Bestimmung in demselben vermissen, wenn die Aufnahme eines solchen theoretischen Satzes für sich allein schon genügte, die Wahrung des Briefgeheimnisses in Wirklichkeit zu garantiren. Man könnte ferner Bestimmungen über die Förderung von Paketen vermissen, wenn man sich nicht daran erinnert, daß die Postverwaltung einzelner Staaten, z. B. Englands, sich mit der Paketförderung gar nicht beschäftigt. Es wäre ferner daraus hinzusehen, daß der Vertrag für Briefe mit Geld und für Weihsendungen keine bindenden Verpflichtungen enthält; man kann aber erwarten, daß der Geist, der den Vertrag schuf, ihn auch weiter entwickeln wird. Im Artikel 14 des Vertrages wird das Recht der einzelnen Contrahenten gewahrt, sowohl Postverträge unter sich bestehen zu lassen, als neue zu schließen, oder engere Vereine aufrecht zu erhalten resp. neu gründen. Es ist das eine Concession an den Particularismus, durch den aber doch die Sicherheit gewährt wird. Postvertragsbestimmungen zwischen einzelnen Ländern, wie beispielweise in dem Postvertrag zwischen Österreich und dem deutschen Reich, welche noch günstiger abgesetzt sind, als in diesem allgemeinen Vertrage, fortbestehen und fortwirken zu lassen. Es wird durch Artikel 14 zugleich für die Zukunft für die Verhandlungen zwischen dem deutschen Reich und Württemberg und Bayern ein günstiges Resultat in Beleidigung ihrer Reservatrechte gesichert. Es hat jedenfalls einen ungünstigen Einindruck gemacht, daß während das deutsche Reich seit 1870 in allen anderen Beziehungen einig dasteht, man bei Annahme dieses Weltpostvertrages, noch mit zwei einzelnen deutschen Regierungen besonders verhandeln mußte. — Was die große auch politische Bedeutung dieses allgemeinen Vertrages betrifft, so hat bereits der Bevollmächtigte der spanischen Regierung in Bern, diesen Vertrag ausdrücklich als eine Garantie des Friedens bezeichnet. Der Vertreter der vereinigten Staaten wies darauf hin, daß zwar die amerikanische Regierung die erste Anregung zu einem einheitlichen Postosatz gegeben, daß aber das Hauptverdienst dem deutschen Reich gebührt und den ehrwürdigen Bemühungen des deutschen Bevollmächtigten, des Generalpostdirektors, dem bereits in Bern für das Zustandekommen des Vertrages im Namen der Contrahenten der Dank ausgesprochen wurde.

Abg. Dr. Braun: Die kleinen Ausstellungen der Vorredner werden hoffentlich die einstimmige Annahme des Vertrages nicht hindern. Der Art. 14 ist keineswegs particularistisch; in ihm sind gerade die Keime zu den künftigen Verbesserungen des Weltpostverkehrs enthalten. Württemberg und Bayern sind als Contrahenten gar nicht aufgetreten. Diese interne Angelegenheit des deutschen Reiches steht außer aller Beziehung zu dem internationalen Vertrage. Ich habe auch wegen der Befestigung ihrer Reservatrechte in Poststücken gar keine Bevorzugniß, indem ich an das schöne Bild, welches ein Abg. für Elsäss-Lothringen hier vorgebracht hat: an das Bild des Eisklumpens, der von den Sonnenstrahlen geschmolzen wird, erinnere. Als ein Fehler an dem Vertrage erscheint mir einzig und allein der Umstand, daß Frankreich in der Überschrift zwar mit genannt ist, aber zu den Unterzeichnern des Vertrages noch nicht gehört. Doch bin ich überzeugt, daß die Vertreiller Nationalversammlung, die in dieser Frage für Frankreich gegenwärtig allein souverain ist, sich schließlich ebenso für den Mitbeitritt zu dem Vertrage erklären wird, wie sie im Jahre 1872 bereitwillig auf die Postconvention mit dem deutschen Reich eingegangen ist. Den Abgeordneten Reichensperger weise ich darauf hin, daß wir im Postverkehr noch vor wenigen Jahren in Deutschland statt an der Spalte der Cultur, an deren Ende marodieren, daß kein Land auf der Erde existiere, wo eine solche Fiskalität, eine solche Unkosten ertritte wie in Deutschland. Über das Alles sind wir nun glücklich hinaus.

Wir haben von Schritt zu Schritt durch Entwicklung unseres deutschen Postwesens den Particularismus besiegt, und sind mit diesem Vertrage an die Aufgabe herangetreten, ihn auch, ich möchte sagen, im Universum zu befreien, eine Post zu schaffen, welche keine Schranken, keine Schlagbäume und keine Grenzen in der Welt kennt. Es freut mich doppelt, daß das deutsche Reich durch seine Initiative in dieser Sache den Beweis gegeben, daß es die Stellung, die es sich errungen, nicht gebrauchen will zu Krieg und Zwieträcht, zur Erweiterung ihres Machtgebietes, sondern um den allgemeinen Frieden unter den Nationen fördern zu helfen und den Austausch von Werken, Worten und Gedanken auf dem ganzen Universum möglichst gleichmäßig zu machen. Dadurch widerlegen wir am besten die falschen Ausstreuungen, die vom Ausland her gegen das Reich erhoben werden. Kein Mensch wird glauben können, daß eine Nation, die mit soem C. ast und C. fer sich der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten hingibt, der Ordnung des Justizwesens, des Militär- und Bankwesens und auch auf internationalem Gebiete die Aufgaben der wirtschaftlichen Cultur und des Verkehrs fördert, im Stande und fähig ist, die finstern Pläne auszubrüten, die ihr angedichtet werden.

Generalpostdirector Stephan: Die Einzelheiten des Vertrages sollen bei der Generaldiscussion überhaupt nicht zur Sprache kommen, wenn mich nicht dasselbe Moment einer harmlosen Kreuzbandierung, welche die Reise von dem Gleisbahn von Chamouny über das Siebenengebirge bis auf den Tschu des hohen Hauses gemacht hat, zu einer Auskunft verpflichtete. Dieses Beispiel beweist am schlagendsten die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der Bestimmung des Art. 6. Es bestehen gegenwärtig in den verschiedenen Staaten zwei Systeme. Nach dem einen werden die unfrankierten Kreuzbandierungen behandelt, wie es einem Kreuzband widerfahren ist; nach dem andern werden sie ja behandelt, wie es häufig in Folge dieses Vertrages allgemein stattfinden wird. Es ergibt sich nun bei der Discussion dieses Gegenstandes auf dem Berner Congr., daß bei Weitem in der Mehrzahl der dort vertretenen Gebiete dasselbe System bestand, und daß wir uns in dieser Frage in einer entschiedenen Minorität befanden. Was Herr Abg. Reichensperger meinte, wird bei Kreuzbandierungen stets wiederkehren: Der Adressat wird sie nicht annehmen wollen, wenn er das volle Briefporto dafür zahlen soll, während man es doch nicht in das Belieben des Absenders setzen darf, das Kreuzband unvollständig oder richtig zu frankiren. Es bliebe also nichts übrig, als die Sache überhaupt abzulegen, weil Niemand für eine täglich erscheinende Zeitung 1 Thlr. 3 Sgr. Porto pro Tag wird bezahlen wollen. Mit anderen Sendungen, die auch einem mäßigenden Porto unterliegen, bei Waarenproben und Geschäftspapieren hat man anders verfahren können, weil der Adressat ein Interesse hat, diese Sachen, wie Atemstücke, Probenstücke und dergleichen Documente, die man nicht unter Kreuzband versenden kann, einzuladen. In Bezug auf das Briefgeheimnis hat der Abgeordnete für Stettin bereits selbst seine Ausführung widerlegt oder doch davon ergänzt, daß es nicht zweckmäßig wäre, in diesen Vertrag eine solche Bestimmung einzuführen, weil sie der autonomen Gesetzgebung der einzelnen Staaten unterliegt und in allen Staaten besonders geregelt ist. Was die Reservatrechte betrifft, so ist er, glaube ich, vollkommen widerlegt worden durch den Abg. Braun. Es ist das in der That eine interne Angelegenheit und es dürfte hier wohl nicht der Ort sein, näher darauf einzugehen; ich lege aber einen Bericht daran, zu constatiren, daß dieke Reiberechte dem vorliegenden Vertrage nicht hinderlich waren, daß nach der Verfassung Sr. Majestät dem Kaiser das Recht zusteht, Staatsverträge abzuändern, daß Deutschland durch den Kaiser auf dem Berner Congr. repräsentirt wurde, und daß die Postverwaltungen von Bayern und Württemberg nicht dabei concurriren. Auch haben die Regierungen, die berufen waren, darüber zu urtheilen, nicht nur keine Schwierigkeiten gemacht, sondern den Vertrag warm und voll unterstützt.

Es drängt mich noch einige Worte hinzuzufügen. Die Anerkennung, welche in so beredten Worten Ausdruck gegeben wurde, und der das Haus sich in so ehrender Weise angeschlossen, verpflichtet mich im Namen der verbündeten Regierungen zum lebhaftesten Dank. Als in der letzten Sitzung des Berner Congresses eine ebrende Kundgebung ähnlicher Art erfolgte, ergriff ich die Gelegenheit, daran zu erinnern, daß solche Ergebnisse nicht das

Verdient Einzelner sind sondern daß die wahre Urheberschaft im Geiste des Zeitalters, in den Bewegungen und treibenden Ideen liegt, die ja ihre Inspiration von oben empfangen und an deren Ausführung alle denkenden Geister der Zeit mitarbeiten. Sowohl Preußen dabei in Betracht kommt, wird es vielleicht für das Haus von Interesse sein, wenn ich einen kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des Vertrages werfe. Da habe ich zu erwähnen, daß durch die persönliche Entscheidung Sr. Majestät des Kaisers bereits 1868 Schritte zur Einleitung von Verhandlungen mit anderen europäischen Regierungen anbefohlen wurde, um Einverständnis mit Deutschland herbeizuführen, wie sie jetzt angenommen worden sind. Eine ernste Anregung zu diesem Werke des Friedens erfolgte durch einen Erfolg an den Kaiserlichen Postschiffen in Paris vom 6. Juni 1870, und es ist wirklich eine interessante actenmäßige Thatsache, daß wir wenige Tage vor Ausbruch des blutigen Krieges eine so geringe Abmilderung davon hatten, daß uns ein solcher Kampf bevorstand. Als der Klang der Waffen verhallt war, wurde auch diese Friedensarbeit wieder vorgenommen und so weit gefördert, daß wir hoffen durften, den Congress 1873 zu Stande zu bringen. Es traten im letzten Augenblick Schwierigkeiten ein und es mußte der Aufschub bis 1874 erfolgen, ein Aufschub, der dem Werke indes nur förderlich gewesen ist, da die darin vorgeschlagenen Ideen mehr Eingang fanden, und die Geister mit manchem Vorschlag, der Anfangs für unausführbar gehalten wurde, sich doch so sehr befriedeten, daß diese Vorschläge Farbe und Gestalt gewannen.

Von großem Einfluß war dabei die Thatsache, daß zwischen Deutschland und Österreich seit Jahren bereits ein Postverein bestand, der die Nützlichkeit und Möglichkeit einer solchen Einrichtung auszeichnet klar gezeigt hatte. Diese Thatsache ist bei den Verhandlungen von ganz besonderem Gewicht gewesen. — Es nähert sich jetzt die Vollendung eines Vierteljahrhunderts, seit dieser Postverein abgeschlossen wurde. Der erste Vertrag ist in Berlin am 6. November 1850 unterzeichnet worden. Und ich glaube, m. h., es wird auch ihrem Gefühle entsprechen, wenn bei dieser Gelegenheit den Männern, die damals unter den allergrößten Schwierigkeiten diesen so wichtigen Vertrag zu Stande brachten, insbesondere dem uns unlängst entzogenen Staatsminister v. d. Heydt und dem Generalpostdirector Schmidt eine dankbare Erinnerung weihen. Gleichwohl würden wir wohl nicht so schnell zum Ziele gekommen sein, wenn uns nicht in der ganzen Sache die Unterstützung aller Regierungen zu Theil geworden wäre. Bei allen Regierungen hatten unsere Vorschläge das lebhafte Interesse erregt und bei fast allen eine thätige Unterstützung gefunden. Gerade dieser von den Regierungen befürworteten erzielten Aufstellung von der Wichtigkeit des erstrebten Ziels, ihrer Opferwilligkeit und den außerordentlichen Eigenschaften ihrer nach Bern entstandenen Vertreter ist es zu zuschreiben, daß der Vertrag in so kurzer Zeit hat abgeschlossen werden können. Nicht minder wie die anderen europäischen haben auch speziell die deutschen Staaten diesem Werke ihre volle und warme Unterstützung geliehen und ohne die fraktile Beförderung die demselben in allen seinen Entwicklungsstadien durch den obersten Chef der Reichspostbehörde, den Herrn Reichskanzler zu Theil geworden, würde das Werk wohl kaum aus dem emporwührenden Zustand herausgekommen sein. Aus Vortheilem wird nun der geschätzte Herr Vorredner, der so freundlich war, der Person des Generalpostdirectors Erwähnung zu thun, erleben, in welchem Maße dessen Anteil an dem Werke reduziert werden muß. Trotz der Bescheidenheit dieses Anteils an dem Werke blicke ich mit frudiger Genugthuung auf die Anerkennung der Vertreter der Nation und betenne gern, daß es in dem mühevollen Leben eines Staatsmannes in der heutigen Zeit zu den wahren Lichtblicken gehört, wenn man durch die Gunst der Umstände das Glück gehabt hat, seinem Vaterlande vielleicht einen Dienst zu erweisen, und wenn denselben dann dafür ein selterner Dank und eine seltene Ehre zu Theil wird. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die erste Beratung. Eine Verweisung der Vorlage an eine Commission wird nicht beliebt und der Vertrag sofort in zweiter Beratung ohne Discussion einstimmig angenommen.

Hieran schließt sich die Interpellation des Abg. Schulze: 1) Sind die Vorarbeiten zu dem verheissen Gesetz über die Hilfs- und Unterstützungsstellen der Arbeiter in Krankheits- und Sterbekassen, sowie für Invaliden- und Altersversorgung, geschlossen, oder doch so weit gediehen, daß die bezügliche Gesetzesvorlage noch in dieser, oder doch mit Bestimmtheit in der nächsten Session des Reichstags erwartet werden kann? 2) Hat der Reichskanzler Kenntniß davon, daß, trotz der in der Sitzung des Reichstags vom 22. April d. J. durch den Präsidenten des Reichsanwaltes in Aussicht gestellten Verwendung, die in Gemäßigkeit des § 141 Alinea 2 der Deutschen Gewerbeordnung zu den angegebenen Zwecken errichteten freien Kassen von den Behörden im Königreich Preußen in ihrem Bestande geführt werden, indem man ihre Mitglieder, der obigen Gesetzesbestimmung entgegen, zu Beiträgen in die alten, sogenannten Zwangskassen nötigt? 3) Ist der Reichskanzler geneigt, bei der preußischen Staatsregierung wegen Abstellung des bezeichneten Vorgehens gegen die fraglichen Kassen, bis zur definitiven Regelung der Angelegenheit durch das baldigst zu erwartende Reichsgesetz, ferner einzutreten, da Ähnliches in keinem anderen deutschen Staate stattfindet?

Der Interpellant führt aus, daß zwar die Lage der Dinge sich zu Gunsten der Zwangskassen geändert habe; das Reichsanwaltsamt sei auch den einzelnen Bundesregierungen mit Entwürfen in dieser Angelegenheit nähergetreten. Allerdings beziehen sich die Entwürfe, so viel man weiß, lediglich auf die Kranken- und Sterbekassen; man hat auf diesem Gebiete neben den Zwangskassen auch freie Kassen zugelassen und denjenigen auch die Rechte der juristischen Person zugesichert, die zu ihrer Existenz notwendig sind. Die Invaliden- und Unterstützungsstellen hat man aber, so weit die Entwürfe bekannt geworden sind, bis jetzt noch nicht einer gesetzlichen Regelung unterworfen, weil, wie die Motive sagen, die Regelung dieser Frage noch nicht überall in der Praxis die nötige Grundlage gefunden. Es sind schon eine ganze Anzahl von solchen Gestaltungen nicht bloß im Reine, sondern praktisch thätig vorhanden, man hat bedeutende Capitalien gesammelt und ist von Seiten der Arbeiter durchaus rationell vorgegangen, indem man Autoritäten, auf dem Gebiete des Versicherungswesens herbeigezogen hat; solcher Dinge können sie die Zwangskassen nicht rühmen. Wenn man die Regelung der Sache hinauszögert will bis zu dem Zeitpunkt, wo man genügende nationale Grundlagen haben wird, dann müßte man vielleicht ein Menschenalter warten; es wäre aber leicht, den Kassen jetzt Normativbedingungen zu geben und ihnen damit ein legales Dasein zu gewähren, die definitive Regelung aber der Zukunft zu überlassen. Was nun die zweite Frage betrifft, so hat Präsident Delbrück in der vorigen Session erklärt, daß dort bestehende Kassen nicht gefährdet werden sollen. In keinem anderen Lande aber sind diese freien Kassen mehr gestört

in Aussicht stellen zu können. Wenn auch vorläufig die Regelung der Verhältnisse der Invalidenkasse bei Seite gelassen ist, so war es doch nicht die Absicht des Reichskanzleramtes damit zu warten, bis man statistische Grundlagen hätte, das würde allerdings lange Jahre dauern; aber es war der Ansicht, daß eine gleichzeitige Regelung dieser Frage nur Hindernisse für die beiden andern Entwürfe bereiten würde. Die Erledigung dieser Angelegenheit wird aber erfolgen, sobald die beiden andern Gegenstände erledigt sein werden. Was die zweite und dritte Frage angeht, so habe ich in der vorigen Sessjon constatirt, daß dem Reichskanzleramt über die Verhältnisse nichts Näheres bekannt sei, daß es aber mit der preußischen Regierung darüber in Verhandlung treten würde. Es ging dabei von dem Gesichtspunkte, daß die Willigkeit dafür spräche, solchen Kassen, die sich im guten Glauben ihrer rechtlichen Existenzfähigkeit gebildet, und solchen Personen, die im guten Glauben der Rechtsbeschränktheit solcher Kassen sich ihnen angelichlossen haben, von Seiten der Behörden die Schonung gewährt werden müßte, welche man für den guten Glauben in solchen Verhältnissen in Anspruch nehmen kann. Die preußische Regierung teilte diesen Standpunkt und wies die Verwaltungsbehörden an, gegen solche Kassen, ihre Leiter und Mitglieder nicht einzuhören. Mehreres tonnte das Reichskanzleramt nicht verlangen, vor allen Dingen konnte es nicht verlangen, daß die preußische Regierung gegenüber den richterlichen Erkenntnissen der höchsten Instanz sich über die von solchen Autoritäten anerkannte Gezeggebung hinwegsetzen sollte.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868 in Württemberg. Die für die Quartierleistung zu gewährende Entschädigung wird nach dem Entwurf bis auf Weiteres nach einer demselben beigefügten Kasseneintheilung der württembergischen Orte bestimmt.

Abg. Gaupp: Ich begrüße die Vorlage als einen nothwendigen Fortschritt zur vollen Rechtseinheit. Denn, nachdem das Quartierleistungsgesetz vom 25. Juni 1868 in Elsaß-Lothringen, Baden und Südwürttemberg durch frühere Gesetze bereits eingeführt worden ist, besteht bezüglich der Quartierleistung im ganzen Bundesgebiete volle Rechtseinheit mit Ausnahme von Bayern und Württemberg. Und gerade für Württemberg ist die Erweiterung der dafelbst auf Grund der Landesgesetzgebung bestehenden Verpflichtungen zur Gewährung von Naturalquartier dringend nothwendig. Es fehlt bisher z. B. gänzlich an der so wichtigen Untertheilung von Offizieren und Mannschaften für die Entschädigung bei der Quartierleistung; außerdem bestand eine Verpflichtung zu der letzteren nur für Truppen, die sich auf dem Marsch befanden und für Orte, in denen es an Käfern fehlt. Ferner mußte jede Quartierleistung auf einen Befehl des Kriegsministers zurückgeführt werden. Ich kann deshalb das Vorgehen der württembergischen Regierung im Interesse der Rechtseinheit nur rühmen und ich wünsche, daß sie in demselben Sinne auch fernerhin wirken möge.

Nicht richtig aber scheint es mir, daß die für die Quartierleistung zu gewährende Entschädigung durch die dem Entwurf beigelegte Kasseneintheilung der württembergischen Orte bestimmt werden soll, die in Württemberg viel böses Blut machen wird, da sie eine Bevorzugung einiger Orte vor anderen enthält. Ich meine, man hätte sich auf einige allgemeine Kategorien beschränken sollen. Ich beantrage, den Entwurf an dieselbe Commission zur Vorprüfung zu überreichen, welcher die Prüfung des Gesetzentwurfs betrifft. Die Verpflichtung zu Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden obliegt, weil ich es für wünschenswerth halte, beide Gesetze in einem zu arbeiten und es nur im Interesse des württembergischen Landes zu liegen scheint, beide Gesetze dort gleichzeitig zu publiciren. Ich würde es sehr beklagen, wenn durch das Auseinandersetzen dieser beiden ihrer Natur noch zusammengehörigen Gesetze eine Verwirrung entstünde.

Abg. v. Winter schließt sich dem Vorschlag bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Vorlage in der sicherer Hoffnung an, daß alle Wünsche, die der Vorredner und seine Freunde aus Württemberg etwa zu äußern haben sollten, in der bezeichneten Commission am besten erledigt werden. — Das Haus entscheidet sich im gleichen Sinne.

Es folgt die erste Berathung des Landeshaushaltsgesetzes für Elsaß-Lothringen auf das Jahr 1875 in Verbindung mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 19 Millionen Francs = 15,200,000 Mark. Der Etat der Reichslande balancirt mit 49,872,317½ Francs = 39,897,854 Mark in Ausgabe und Einnahme.

Geb. Rath Herzog giebt in einführender Rede ein umfassendes Bild der Verwaltung der Reichslande, da es sich heute zum ersten Male darum handelt, durch einen vollständigen und durchsichtigen Etat dem Reichstage und den Reichslanden gegenüber den bisher üblichen Verwaltungsberichten zu erscheinen. — Der Etat schließt sich in seiner Abfassung und Aufstellung an seine Vorgänger von 1872, 73 und 74 an, denen wiederum der preußische und Reichshaushaltsetat zum Vorbilde gedient hat. Es macht auf den ersten Augenblick keinen günstigen Eindruck, daß der erste Landeshaushalt Elsaß-Lothringens, der dem Hause zur Prüfung vorgelegt wird, in Verbindung mit einem Anleihegesetze erscheint. Aber diese Anleihe hat den Zweck, die Deckung für einmalige und außerordentliche Ausgaben zu verschaffen, welche einerseits durch die Auseinandersetzung mit Frankreich geboten sind, andererseits einen festen Betriebsfonds für die reichsländische Verwaltung beschaffen sollen. Das Verhältniß der Einnahmen und Ausgaben, wie es im vorliegenden Etat sich darstellt, zeigt die Errscheinung, daß bei durchschnittlich gleicher Bevölkerungssiffer das Reichsland mehr Einnahmen und weniger Ausgaben als das benachbarte Baden aufweist. Die dauernden Einnahmen des Landes stießen aus den Forsten, den direkten und indirekten Steuern. Der deutschen Verwaltung ist es insbesondere gelungen, aus der Holzverwertung eine erhebliche Mehreinnahme zu erzielen, indem sie die Bestände auf eigene Rechnung fallen und verlaufen läßt, während unter französischem Regime das System der flächenweisen Verpachtung angewendet wurde. Die direkten Steuern sind unverändert dem früheren Regime entnommen, es sind drei sogenannte Reparationssteuern, die jährlich contingentirt und auf die Gemeinden vertheilt werden. Die Contingentirung ist seit 1818 unverändert geblieben, nur die Rücklage haben je nach Bedürfnis gewechselt. Die hauptsächlichste der drei Steuern ist die Grundsteuer, welche 48 p.c. der Einnahmen aus allen directen Steuern liefert.

Daneben besteht die Personal- und Mobilistarsteuer, erstere bewegt sich innerhalb einer Grenze von 50 Centimes bis zu 1 Frank 50 Centimes; die letztere ergibt sich dann nach Abzug der Personalarbeiter, von dem Gesamtbetrag, zu welchen beide kontingentirt sind. Es bestehen ferner an kleineren directen Steuern die Fleisch-, die Biersteuer, das Enregistrement und der Stempel werden erhoben. Die Ausgaben seien sich zusammen aus denen für die Betriebsverwaltung, für die innere Verwaltung und Justizpflege, für Geistlichkeit und Schulen, für Kommunikationsmittel und für die allgemeine Finanzverwaltung. Ein Theil dieser Ausgaben wird vom Reiche, resp. den Gemeinden zurückgestattet. Sie erheben in einem beträchtlichen Umfange als Bevölkerungen. Die deutsche Regierung fand nur wenige französische Beamte zu ihrer Disposition, höhere Beamte im Ganzen nur 42, von denen 33 auf die Justiz kamen und 290 Subalternbeamte. Sie mußte die vacanten Stellen mit deutschen Beamten befüllen, die unverkenbar ein sehr großes Opfer brachten, als sie eine gesicherte Stellung in ihrer Heimat aufsuchten, um sich allen Ungewissenheiten und Unannehmlichkeiten des neuen Wirkungskreises auszuzeigen. Dazu kamen noch die großen Mehrkosten, welche der Lebensunterhalt in den Reichslanden verursachte, und die Regierung mußte darauf bedacht sein, den Männern, welche, um eine geregelte Verwaltung des Reichslandes zu ermöglichen, sich allen diesen Schwierigkeiten der Lage anzusezen, eine angemessene Ausgleichung zu gewähren. Sie that dies nicht durch Bewilligung einer besonderen Theuerungssumme, welche zwischen 50 und 500 Thaler variiert, sondern auch, indem sie definitive Anstellungen rascher und umfassender als sonst üblich, vornahm und ferner den französischen Grundfahrt abgab, nach welchem der Beamte durch einfache Verfügung entlastbar ist. Die Ausgaben für kirchliche Zwecke bestehen zum Theil in Bevollkundungen der Geistlichkeit, zu einem andern Theile in Zuflüssen zur Erhaltung von Seminarien, Kirchen und Synagogen. Die Mehrausgabe gegenüber dem, was früher die französische Regierung dafür verwendete, beträgt mehr als 1 Million.

Bei Uebernahme der Landesverwaltung waren die Gehälter der Geistlichen nämlich ungleichmäßig und wenig der Würde des Amtes entsprechend bemessen, die deutsche Regierung hat sie um durchschnittlich 50 Prozent erhöht. Die erheblichsten Mehrkosten erfordert aber die Unterrichtsverwaltung. Der Gedanke der Neubegründung der Straßburger Hochschule war allzeit freudig begrüßt worden, aber alle daran gelinckten Erwartungen haben sich auch in vollem Maße erfüllt, was sowohl dem ausgezeichneten Lehrpersonal als auch dem Elter der studirenden Jugend zu verdanken ist. Die Zahl der Studirenden hat sich seit der Eröffnung der Universität von 212 auf 700 erhöht. Wir benötigen aber, um allen Anforderungen gerecht zu werden, noch beträchtlicher Mittel zur Beschaffung naturwissenschaftlicher Sammlungen und zur Herstellung einer pathologisch-anatomischen Anstalt. Auch in den übrigen höheren Lehranstalten hat sich die Zahl der Schüler seit der Occupation von 530 bis auf 1264 vermehrt. Die Kosten des Volksschulwesens sollen in erster Reihe durch das Schulgeld gedeckt werden; um Eintritt der deutschen Verwaltung stellte sich aber sofort die völlig unzureichende Bevollkundung des Lehrpersonals heraus. Die Volksschullehrer be-

zogen ein Gehalt von 700—1000 Francs, den höchsten Satz erhielt aber nur der 20. Theil derselben nach 15jähriger Dienstzeit auf Grund besonderer Bevollkundung des Unterrichtsministeriums. Wir haben es für erforderlich erachtet, die Gehälter auf 900—1500 Frs. zu erhöhen und auch die Lage der Hilfslehrer, welche früher nur 4—500 Frs. bezogen, entsprechend zu verbessern. Immer aber macht sich noch der Lehrermangel außerst fühlbar und es müßte daher die Sorge der Regierung sein, sich das erforderliche Material im Lande selbst heranzubilden, sie hat deshalb den Seminarien und Präparandenanstalten die größte Sorgfalt gewidmet, auch die Gemeinde bei der Besoldung der Elementarlehrer unterstützt, und der beste Beweis, daß dies der richtige Weg ist, der gegenwärtige lebhafte Zuwang zu den Seminarien, so daß selbst ein Theil der Anmeldungen nicht berücksichtigt werden könnte.

Was die Verkehrsanstalten betrifft, so liegt der Regierung die Unterhaltung der Staatsstraßen ob, sie gewährt aber auch Subventionen für die Befreiungs- und Bahnwege. Die allgemeine Finanzverwaltung endlich beansprucht eine Mehrausgabe von ca. 2 Millionen, wovon 1,828,000 Fr. auf die Matrikularbeiträge entfallen, während ein geringerer Rest durch die Ablösung der veräußerten Notarstellen erforderlich wird. Bezüglich der in Aussicht genommenen Anleihe geht aus der dem Gesetz beigefügten Uebersicht hervor, daß es sich um die Erfüllung von Verpflichtungen handelt, welche für die französische Regierung übernommen werden mußten. Es betrifft die Befolbung gemeinüblicher Anlagen, Kanäle, u. s. w., für welche man für den guten Glauben in solchen Verhältnissen in Anspruch nehmen kann. Die preußische Regierung teilte diesen Standpunkt und wies die Verwaltungsbehörden an, gegen solche Kassen, ihre Leiter und Mitglieder nicht einzuhören. Mehreres tonnte das Reichskanzleramt nicht verlangen, vor allen Dingen konnte es nicht verlangen, daß die preußische Regierung gegenüber den richterlichen Erkenntnissen der höchsten Instanz sich über die von solchen Autoritäten anerkannte Gezeggebung hinwegsetzen sollte.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ein-

führung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868 in Württemberg. Die für die Quartierleistung zu gewährende Entschädigung wird nach dem Entwurf bis auf Weiteres nach einer demselben beigefügten Kasseneintheilung der württembergischen Orte bestimmt.

Abg. Gaupp: Ich begrüße die Vorlage als einen nothwendigen Fortschritt zur vollen Rechtseinheit. Denn, nachdem das Quartierleistungsgesetz vom 25. Juni 1868 in Elsaß-Lothringen, Baden und Südwürttemberg durch frühere Gesetze bereits eingeführt worden ist, besteht bezüglich der Quartierleistung im ganzen Bundesgebiete volle Rechtseinheit mit Ausnahme von Bayern und Württemberg. Und gerade für Württemberg ist die Erweiterung der dafelbst auf Grund der Landesgesetzgebung bestehenden Verpflichtungen zur Gewährung von Naturalquartier dringend nothwendig. Es fehlt bisher z. B. gänzlich an der so wichtigen Untertheilung von Offizieren und Mannschaften für die Entschädigung bei der Quartierleistung; außerdem bestand eine Verpflichtung zu der letzteren nur für Truppen, die sich auf dem Marsch befanden und für Orte, in denen es an Käfern fehlt. Ferner mußte jede Quartierleistung auf einen Befehl des Kriegsministers zurückgeführt werden. Ich kann deshalb das Vorgehen der württembergischen Regierung im Interesse der Rechtseinheit nur rühmen und ich wünsche, daß sie in demselben Sinne auch fernerhin wirken möge.

Nicht richtig aber scheint es mir, daß die für die Quartierleistung zu gewährende Entschädigung durch die dem Entwurf beigelegte Kasseneintheilung der württembergischen Orte bestimmt werden soll, die in Württemberg viel böses Blut machen wird, da sie eine Bevorzugung einiger Orte vor anderen enthält. Ich meine, man hätte sich auf einige allgemeine Kategorien beschränken sollen. Ich beantrage, den Entwurf an dieselbe Commission zur Vorprüfung zu überreichen, welcher die Prüfung des Gesetzentwurfs betrifft. Die Verpflichtung zu Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden obliegt, weil ich es für wünschenswerth halte, beide Gesetze in einem zu arbeiten und es nur im Interesse des württembergischen Landes zu liegen scheint, beide Gesetze dort gleichzeitig zu publiciren. Ich würde es sehr beklagen, wenn durch das Auseinandersetzen dieser beiden ihrer Natur noch zusammengehörigen Gesetze eine Verwirrung entstünde.

Abg. v. Winter schließt sich dem Vorschlag bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Vorlage in der sicherer Hoffnung an, daß alle Wünsche, die der Vorredner und seine Freunde aus Württemberg etwa zu äußern haben sollten, in der bezeichneten Commission am besten erledigt werden. — Das Haus entscheidet sich im gleichen Sinne.

Es folgt die erste Berathung des Landeshaushaltsgesetzes für Elsaß-Lothringen auf das Jahr 1875 in Verbindung mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 19 Millionen Francs = 15,200,000 Mark. Der Etat der Reichslande balancirt mit 49,872,317½ Francs = 39,897,854 Mark in Ausgabe und Einnahme.

Geb. Rath Herzog giebt in einführender Rede ein umfassendes Bild der Verwaltung der Reichslande, da es sich heute zum ersten Male darum handelt, durch einen vollständigen und durchsichtigen Etat dem Reichstage und den Reichslanden gegenüber den bisher üblichen Verwaltungsberichten zu erscheinen. — Der Etat schließt sich in seiner Abfassung und Aufstellung an seine Vorgänger von 1872, 73 und 74 an, denen wiederum der preußische und Reichshaushaltsetat zum Vorbilde gedient hat. Es macht auf den ersten Augenblick keinen günstigen Eindruck, daß der erste Landeshaushalt Elsaß-Lothringens, der dem Hause zur Prüfung vorgelegt wird, in Verbindung mit einem Anleihegesetze erscheint. Aber diese Anleihe hat den Zweck, die Deckung für einmalige und außerordentliche Ausgaben zu verschaffen, welche einerseits durch die Auseinandersetzung mit Frankreich geboten sind, andererseits einen festen Betriebsfonds für die reichsländische Verwaltung beschaffen sollen. Das Verhältniß der Einnahmen und Ausgaben, wie es im vorliegenden Etat sich darstellt, zeigt die Errscheinung, daß bei durchschnittlich gleicher Bevölkerungssiffer das Reichsland mehr Einnahmen und weniger Ausgaben als das benachbarte Baden aufweist. Die dauernden Einnahmen des Landes stießen aus den Forsten, den direkten und indirekten Steuern. Der deutschen Verwaltung ist es insbesondere gelungen, aus der Holzverwertung eine erhebliche Mehreinnahme zu erzielen, indem sie die Bestände auf eigene Rechnung fallen und verlaufen läßt, während unter französischem Regime das System der flächenweisen Verpachtung angewendet wurde. Die direkten Steuern sind unverändert dem früheren Regime entnommen, es sind drei sogenannte Reparationssteuern, die jährlich contingentirt und auf die Gemeinden vertheilt werden. Die Contingentirung ist seit 1818 unverändert geblieben, nur die Rücklage haben je nach Bedürfnis gewechselt. Die hauptsächlichste der drei Steuern ist die Grundsteuer, welche 48 p.c. der Einnahmen aus allen directen Steuern liefert.

Die Gesetzesanleger beliefen sich die Kosten früher auf 63 Fr. per Kopf, jetzt auf 180 Fr.; während man früher für die jugendlichen Verbrecher im ganzen Jahre für Miete, Nahrung und Kleidung nur 55,500 Fr. forderte, braucht man jetzt trotzdem in Hagenau für dieselben für 700,000 Fr. ein palastartiges Haus gebaut worden ist, für ein Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. December 5,587 Fr. Ebenso sind die Ausgaben der Gemeinden gestiegen; während vor dem Kriege nur 16 Gemeinden Schulden hatten, sind jetzt 80, also fünfmal so viel verschuldet, und das wird besonders veranlaßt durch die zahlreichen reich bepoldeten Beamten. Die Dispositionsfonds für den Reichskanzler und die Präfekten belaufen sich auf zusammen 1 Millionen Fr. Als Frankreich eine Civilliste von 25 Mill. Fr. hatte, wovon auf Elsaß 1 Million kam, sprach ganz Europa über diese große Summe; heute hat das Elsaß, wenn man die Dispositionsfonds, die Ausgaben für das Reichskanzleramt und die Präfekten zusammengerechnet, eine Civiliste von 2 Millionen Fr. Infolge der Redner auf die Justizverwaltung eingetragen, sagt er vor der Rede die der Oberprocurator Schneegans gelegentlich der Eröffnung des Obergerichtes gehalten, daß man im ganzen Lande von Basel bis Weissenburg gestaut habe, wie sie gehalten werden könnten von dem höchsten Vertreter der Justiz. Er sagt darin, daß die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen in Reichs- lage mehr geeignet sind, ein Herrscher des Landes zu liefern, als irgendwie als legislatorische Factoren zum Wohl des Landes zu wirken; die Nutzung, nach welcher die Strafrechtsplege geführt werden sollte, charakterisiert er so, daß man in seinen Worten nicht anderes finden kann als eine Einladung an die Richter, tendenziöse Prozesse und Urteile herborzurufen. (Widerpruch.) Gegenüber besonders gegen die radical-ultramontanen Bewohner des Landes auf, denen er auch das Kullmannische Attentat in die Schuhe schiebt. (Hört! Hört! im Centrum.) Eine solche Rede könnte man auch wohl ein Herrscher der Justiz nennen.

Für die Gesetzesanleger beliefen sich die Kosten früher auf 63 Fr. per Kopf, jetzt auf 180 Fr.; während man früher für die jugendlichen Verbrecher im ganzen Jahre für Miete, Nahrung und Kleidung nur 55,500 Fr. forderte, braucht man jetzt trotzdem in Hagenau für dieselben für 700,000 Fr. ein palastartiges Haus gebaut worden ist, für ein Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. December 5,587 Fr. Ebenso sind die Ausgaben der Gemeinden gestiegen; während vor dem Kriege nur 16 Gemeinden Schulden hatten, sind jetzt 80, also fünfmal so viel verschuldet, und das wird besonders veranlaßt durch die zahlreichen reich bepoldeten Beamten. Die Dispositionsfonds für den Reichskanzler und die Präfekten belaufen sich auf zusammen 1 Millionen Fr. Als Frankreich eine Civiliste von 25 Mill. Fr. hatte, wovon auf Elsaß 1 Million kam, sprach ganz Europa über diese große Summe; heute hat das Elsaß, wenn man die Dispositionsfonds, die Ausgaben für das Reichskanzleramt und die Präfekten zusammengerechnet, eine Civiliste von 2 Millionen Fr. Infolge der Redner auf die Justizverwaltung eingetragen, sagt er vor der Rede die der Oberprocurator Schneegans gelegentlich der Eröffnung des Obergerichtes gehalten, daß man im ganzen Lande von Basel bis Weissenburg gestaut habe, wie sie gehalten werden könnten von dem höchsten Vertreter der Justiz. Er sagt darin, daß die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen in Reichslage mehr geeignet sind, ein Herrscher des Landes zu liefern, als irgendwie als legislatorische Factoren zum Wohl des Landes zu wirken; die Nutzung, nach welcher die Strafrechtsplege geführt werden sollte, charakterisiert er so, daß man in seinen Worten nicht anderes finden kann als eine Einladung an die Richter, tendenziöse Prozesse und Urteile herborzurufen. (Widerpruch.) Gegenüber besonders gegen die radical-ultramontanen Bewohner des Landes auf, denen er auch das Kullmannische Attentat in die Schuhe schiebt. (Hört! Hört! im Centrum.) Eine solche Rede könnte man auch wohl ein Herrscher der Justiz nennen.

[Mit der Ankunft der Kaiserin] kommt die Gesellschaft des Hofes wieder in Gang. Bisher dinierte der Kaiser meistens allein und nahm Abends auch seinen Thee ein, ohne Gesellschaft zu sehen. Die Ankunft der hohen Frau im Palais führt in der Haussordnung eine totale Umgestaltung herbei; die Diners und Soupers mit Gästen nehmen ihren Anfang. Wenn auch der Adel zumeist behutsam den Jagden noch auf seinen Gütern weilt, so sind doch die großen Staatskörper in der Hauptstadt des Reiches anwesend, die gesellschaftliche Verantwortung von Seiten des Hofes zu erwarten hätten. Von jetzt ab bis Ende April wird die Kaiserin ununterbrochen in Berlin residiren. Die prinzlichen Herrschaften haben während ihrer, wenn auch erst kurzen Anwesenheit in Berlin Abends mehrmals distinguierte Persönlichkeiten bei sich gesehen. Die beiden jungen Prinzen werden zu Weihnachten zu Kassel erwartet. Wenn Prinz Friedrich Karl Mitte December aus Dreilinden nach Berlin übergesiedelt sein wird, und die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg aus Marly bei Potsdam, wird von December bis Ende April die ganze königliche Familie in Berlin anwesend sein.

[Se. Königliche Hoheit der Prinz Albrecht] wird sich nach den bisherigen Dispositionen am 4. December von Hannover nach St. Petersburg begeben, um dort am 8. f. Ms. an der Feier des Georgs-Ordensfestes Theil zu nehmen. (Reichsanz.)

[Mit der Ankunft der Kaiserin] kommt die Gesellschaft des Hofes wieder in Gang. Bisher dinierte der Kaiser meistens allein und nahm Abends auch seinen Thee ein, ohne Gesellschaft zu sehen. Die Ankunft der hohen Frau im Palais führt in der Haussordnung eine totale Umgestaltung herbei; die Diners und Soupers mit Gästen nehmen ihren Anfang. Wenn auch der Adel zumeist behutsam den Jagden noch auf seinen Gütern weilt, so sind doch die großen Staatskörper in der Hauptstadt des Reiches anwesend, die gesellschaftliche Verantwortung von Seiten des Hofes zu erwarten hätten. Von jetzt ab bis Ende April wird die Kaiserin ununterbrochen in Berlin residiren. Die prinzlichen Herrschaften haben während ihrer, wenn auch erst kurzen Anwesenheit in Berlin Abends mehrmals distinguierte Persönlichkeiten bei sich gesehen. Die beiden jungen Prinzen werden zu Weihnachten zu Kassel erwartet. Wenn Prinz Friedrich Karl Mitte December aus Dreilinden nach Berlin übergesiedelt sein wird, und die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg aus Marly bei Potsdam, wird von December bis Ende April die ganze königliche Familie in Berlin anwesend sein. (Mont.-Btg.)

[Die zweite parlamentarische Soiree] bei dem Reichskanzler am vorigen Sonnabend war wiederum recht zahlreich besucht. Diesmal war auch eine Anzahl von Damen geladen. Ultramontane zeigten sich nicht, obgleich man in parlamentarischen Kreisen wissen

der bürgerlichen Gesellschaft. — Auch die Tage der deutschen Eisenbahnbeamten und Bediensteten, welche durch den nicht wie in England und Amerika ruhenden Güterverkehr und den oft noch gesteigerten Personenverkehr fast ganz um ihr Recht auf den von Gott gesetzten Ruhetag kommen, bedarf dringend schützender Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung. — Desgleichen für die Landbriefträger in den Reichslanden Elsaß-Lothringen und anderen süddeutschen Reichspostgebieten, welche nicht wie die unfristigen der gerade ihnen so nötigen Wohlthat des Ruhetages genießen, wolle Eure Kaiserliche Majestät huldreichstentreten mit schützendem Kaiserlichen Machtwort! In der Hoffnung, für unsre, von der Liebe zu unserem Volk und Vaterland eingegebenen Bitten und für die Bestrebungen unserer Gesellschaft das landesüblicher Wohlwollen unseres innig geliebten und verehrten Kaisers und Königs zu finden, zeichnet und eröffnet in tieferer Erfurcht Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät allunterthänigster, treugehorsamster Diener W. Quistorp, Pastor.

W.T.B. [Afkatholischer Gottesdienst.] Heute Morgen 9 Uhr hielt Professor Dr. Weber aus Breslau hier den ersten alt-katholischen Gottesdienst (Messe, Communion und Predigt) in der den Alt-katholiken dazu von dem Magistrat und dem Consistorium bewilligten evangelischen Neuen Kirche ab. Der Predigt hatte Professor Dr. Weber die Worte der heutigen Epistel, Römer 13: „Legit ab die Werke der Finsternis und rüstet Euch mit den Waffen des Lichtes“ zu Grunde gelegt und hob in derselben hervor, daß die Alt-katholiken gewillt seien, dem Staate zu geben, was des Staates ist, und der Kirche, was der Kirche ist. Am Gottesdienst beteiligten sich etwa 300, an der Communion etwa 30 Mitglieder der Gemeinde.

W.T.B. [Bei Feststellung der Matrikularbeiträge] für 1875 im Bundesrathe erklärte sich der Großherzoglich-sächsische Bevollmächtigte beauftragt, mit Rücksicht auf die finanzpolitisch bedenkliche Steigerung der Matrikularbeiträge dem dringenden Wunsche Ausdruck zu geben, daß noch vor Aufstellung des Etats für 1876 auf neue Einnahmequellen des Reiches ernstlich Bedacht genommen werde, und bezeichnete als solche die Tabaksteuer, den Zoll auf Mineralöl, die Erhöhung der Biersteuer, eine Reichsgewerbesteuer und eine umfassende Reichstempelsteuer.

Bonn, 23. Novbr. [Die Alt-katholiken und die Beichte.] Der Standpunkt des Alt-katholizismus zur Beichte ist bekanntlich auf der Bonner Synode dieses Jahres präzisiert worden. Eine populäre Erläuterung dieser wichtigen Beschlüsse ist soeben in Form dreier Predigten, welche Professor Neusch vor der Bonner Alt-katholiken-Gemeinde über die Beichte und die Heiligenverehrung gehalten hat, bei P. Neuffer dort erschienen.

Aachen, 28. November. [Bei der heute hier stattgehabten Erwahlung eines Abgeordneten zum Reichstage wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Baudri Max von Biegeleben (Centrum) mit 3286 Stimmen gewählt. Kaplan Cronenberg, Kandidat des Arbeitervereins, erhielt 2227 und Denz (liberal) 737 Stimmen.

München, 29. November. [Der Landtag ob geordnete Pfarrer Mahr] ist wegen Bekleidigung des Bezirksgerichtsbarzes Bachmeiers und des Landrichters Dennerlein in Ebermannstadt, durch Neuzeugungen in der Presse, vom Schwurgericht zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten und zur Tragung aller Kosten verurtheilt worden.

Provinzial-Beitung.

+ Breslau, 30. Novbr. [Zur Jubiläumsfeier des Geh. Raths v. Götz] Eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten, bestehend aus dem Bürgermeister, Geh. Rath Dr. Bartsch, Kämmerer v. Auffenstein, Syndicus Dickehuij, den Stadträthen Sintemann und Commerzienrath Friedenthal, dem Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Lewald und dem Stadtverordneten Justizrat Bouneb, Geh. Rath Dr. Gräßer, Baurath Stut, Professor Dr. Eberty und Kaufm. Hübner begab sich am gestrigen Sonntag Vormittag nach der Wohnung des Geh. Raths v. Götz, um denselben zu seinem 50jährigen Jubiläum zu beglückwünschen und ihm das Diplom eines Ehrenbürgers biesiger Stadt zu überreichen. Das Diplom lautet:

„Wir zum Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt Breslau verordnete Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträthe verleihen im Einverständniß mit der Stadtverordneten-Versammlung hierdurch und Kraft der nach § 6 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 uns zu stehenden Besugniss dem königlichen Geheimen Regierungsrath und ersten General-Landschafts-Syndikus, Ritter z. Carl Siegmund v. Götz bei der Feier seines 50jährigen Amtsjubiläums das Ehrenbürgerrecht unserer Stadt als Zeichen unserer vorzüglichen Hochachtung, aufrichtigen Anerkennung und unseres lebhaften Dankes für die großen erspriesslichen Dienste, welche derselbe unserem Gemeindewesen unausgesetzt während 23 Jahre bisher als Stadtverordneten und in anderem Ehrenämtern mit tiefster Einsicht, weisen Weitblick und hingebender Betätigung in hervorragender Weise geleistet hat.

Urkundlich unter unserer Unterschrift und unserem großen Rathssiegel. So geschehen, Breslau, den sechzehnzigsten November, 1874. Folgen die Unterschriften.“

Das genannte, auf Pergament gezeichnete Schriftstück ist aus dem artifiziellen Atelier des Steindruckereibesitzers und Lithographen Herrn Heinrich Puz, Firma H. Stein, hervorgegangen und ist ein Meisterstück der Calligraphie. An den Seiten befinden sich in sauberer Mälerei das Rathaus, das Stadthaus, das Generallandschaftsgebäude, das Stadtmuseum und die Embleme der Land- und Forstwirtschaft. Der Ehrenbürgerbrief liegt in einem, mit Sammt ausgestatteten Leder-Etui, welches mit einem reichen Silberbeschlag und dem silbernen Stadt-Wappen ausgestattet ist, der aus der Werkstatt der Hofjuweliere Gebrüder Sommer hervorgegangen ist.

Gleichzeitig erschien bei dem Herrn Jubilar eine Deputation der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur, bestehend aus dem Präsidenten derselben Geh. Rath Professor Dr. Göppert, Staats-Anwalt von Lechitz-Steinkirch und Geh. Commerzienrath Frank, welche dem Geehrten ein Gratulationsschreiben der genannten Gesellschaft überreichten und das folgendermaßen lautet:

Die Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur gratulirt dem königlichen Geheimen Regierungsrath und General-Landschafts-Syndikus, Ritter z. Herrn von Götz, ihrem langjährigen Mitglied und hochgestellten Vicepräses zu seinem heutigen goldenen Jubiläum, und wünscht, daß er noch lange Zeit in ungeschwächter ihm so sehr auszeichnender geistiger Kraft allen ihm hochverehrenden Kreisen erhalten bleibe, und es ihm auch fernere wie bisher gefallen möge, sie und uns durch seine hervorragenden Leistungen zu beglücken.

Breslau, den 26. November 1874.

Das Präsidium der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur.“ Auch dieses aus der künstlerischen Hand des Königlichen Baurath Budecke hervorgegangene Gratulationsschreiben zeichnet sich durch seine überaus geschmackvolle Aufführung in malerischer und calligraphischer Beziehung vortheilhaft aus. In dem großen Initialbuchstaben ist das Emblem der Gesellschaft angebracht, und an den Seiten zwischen Blumen- und Blätterwerk schlängelt sich in sinnreicher Weise ein Band, auf welchem die Namen der Sectionen „Kunst und Alterthum“, „Philologie“, „Pädagogik“, „Musik“, „Mineralogie“, „Entomologie“, „Naturwissenschaft“, „Botanik“, „Obst- und Gartenbau“, „Deconome“, „Technik“, „Historie“, „Jura“ und „Medizin“ verzeichnet sind.

„Natura et patriae“ 17. December 1803. Der würdige Jubilar sprach tief ergriffen über die ihm erwiesenen Ehrenbezeugungen den

erschienenen Anwesenden in herzlichen Worten seinen Dank aus, indem er die Versicherung hinzufügte, daß so lange ihm der Himmel noch ferner Gesundheit verleihe, er mit gewohntem Eifer und Kraft dem Vaterlande und der Stadt seine Thätigkeit widmen werde.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlich. Unser „Anzeiger“ meldet: Es ist die Bildung einer Gesellschaft hier im Werke, die beabsichtigt, billigen und guten Fleisches Abkommen mit einem resp. mehreren hiesigen Fleischermeistern treffen will. Die Preise des Schlachtvieches sind gegenwärtig so gefunfen, daß es möglich sein wird, das Pfund gutes Rindfleisch mit 4 Sgr. zu beziehen.

+ Glogau. Der „Nied. Ans.“ meldet: Der am Freitag Nachmittag 5 Uhr 39 Min. von hier abgelassene Breslau-Reppen-Berliner Personenzug ist kurz vor dem Bahnhofe Fröbel, noch bevor er die dort befindliche Weide passierte, sonach auf der glatten Strecke, fast vollständig entgleist. Die Maschine sowie die meisten Wagen sind umgeworfen. Nur einem Wunder ist es zuzuordnen, daß von den Passagieren und von dem Fahrpersonal Niemand verletzt worden ist. Der Güterverkehr ist unterbrochen, der Personenverkehr findet zwar statt, doch müssen die Passagiere an der Ursellstelle austiegen, um den heutigen Abend die Straße derselben halbenden Zug zu besteigen. Mit Aufbietung aller Kräfte will man es verhindern, die Strecke heute frei zu bekommen.

△ Neisse. Das liberale Sonntagsblatt schreibt: Die diesjährige Stadtvorordnetenwahl hat eine so zahlreiche Beteiligung Seitens der Wähler hervorgerufen, wie dies seit Einführung der neuen Stadteordnung wohl nicht der Fall gewesen ist. In der dritten Abteilung hat die christlich-conservative, in der zweiten und ersten Abteilung die liberale Partei gefiegt.

Beuthen O.S. Die „Grenzzeit.“ meldet: Am 27. November Mittags wurde der Häuer Peter Pawlik auf der von den Tiele-Windler'schen Eisenbahnbauwerken verschüttet. Leider ist es bis zum Abend nicht gelungen, denselben auszugraben. — Das hiesige „Stadtblatt“ schreibt: Der frühere Ziegelmeyer E., verdächtig mit dem Schlosser Carl Pitsuka aus Kleinstrehly wiederholte schwere Diebstähle, insbesondere bei dem hiesigen Kaufmann Kirschner und im Cassenlocal der Tiele-Windler'schen Knappoßfest verübt und ferner den russischen Ueberläufer Johann Malinowski ermordet zu haben, ist gefangen und an das hiesige Kreis-Gericht eingeliefert worden.

☒ Lost. Bei der am 26. d. M. stattgehabten Erwahlung eines Magistratsmitgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Mühlendorfwalters Gerstmann wurde der Zimmermeister Hlubek (Reichsfreund) mit Majorität gewählt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

St. Gallen, 28. November. Der Große Rath hat bei der heutigen fortgesetzten Berathung der Verfassungsrevision den Artikel, betreffend die Oberaufsicht des Staates über das gesamme Schulwesen, genehmigt.

Paris, 29. Novbr. Die Kaiserin von Russland und der Großfürst Alexis werden morgen Vormittag um 10 Uhr nach San Remo abreisen. Gestern folgten der Großfürst Thronfolger und der Großfürst Alexis der Einladung des Marschall Mac Mahon zur Tafel.

Paris, 29. Novbr. Abends. Die heutigen Municipalratswahlen ergaben 53 Radicale, 10 gemäßigte Republikaner und 11 Conservative. In 5 Wahlbezirken ist eine engere Wahl erforderlich.

Bolevar-Rente 97, 82.

London, 29. Nov. Wie der „Observer“ meldet, ist Israels zur Zeit durch Krankheit an der Ausübung seiner Amtsgeschäfte verhindert. Sein Befinden ist indeß keineswegs Besorgniß erregend.

London, 29. Nov. Über die von den Ultramontanen in Brasilien angestifteten Unruhen wird dem „Neuterschen Bureau“ aus Rio de Janeiro vom gestrigen Tage telegraphisch gemeldet, daß sowohl in der Provinz Parabyba als auch in der Provinz Pernambuco tumultuarische Aufrisse vorgekommen sind. Die Ultramontanen richten ihre Angriffe namentlich gegen die Freimaurer und erklärt, daß die Verurtheilung der Bischöfe von Para und Pernambuco der Grund ihrer Ablehnung sei. Die Regierung hat Truppen und Kriegsschiffe von Pernambuco nach Bahia und Rio Grande do Norte abgesandt. Man glaubt, daß in Folge der getroffenen Maßregeln die Ruhe in Kurzem wiederhergestellt sein wird.

London, 28. November. Nach einer dem „Neuterschen Bureau“ zugegangenen Meldung aus Panama vom 6. d. haben der Erzbischof von Santiago und die Bischöfe von Concepcion und von Serena einen Hirtenbrief erlassen, durch welchen der Präsident der Republik, die Minister, einige Mitglieder des Staatsrathes und eine große Anzahl von Senatoren und Deputirten excommunicirt werden, weil sie an dem Zustandekommen des Gesetzes mitwirkten, durch welches die Veröffentlichung von päpstlichen Bullen, die zum Aufruhr anreizen, verboten wird. Der Hirtenbrief hat in Panama große Aufregung hervorgerufen.

Santander, 28. November. Die ungünstige Witterung hat die Fortsetzung der Operationen auf dem Kriegsschauplatz verhindert. Die Brigade Blanco ist in Folge dessen in San Sebastian zurückgeblieben. Gestern sind neue Verstärkungen nach Cuba abgesandt worden.

Athen, 28. November. Zum Präsidenten der Deputirtenkammer ist der ministerielle Kandidat Zarlos mit 95 Stimmen gewählt worden.

Petersburg, 29. November. Die in auswärtigen Zeitungen verbreiteten Nachrichten über Schließung der Universitäten zu Charlow und Kiew sind unwahr. Zur Zeit ist von weiteren Wirren in höheren Lehranstalten außer von den gemelbten in Petersburg nichts bekannt; allgemeine Maßregeln gegen höhere Lehr-Institutionen sind in keiner Weise beabsichtigt.

Bukarest, 28. November. Unter den in der Thronrede angekündigten Vorlagen für die Kammer befinden sich auch Gesetzentwürfe betreffend die Reorganisation der Schwurgerichte und die Verbesserung der Civilprozeßordnung. Ferner wird mit besonderer Befriedigung der fortschreitenden Entwicklung des Heereswesens gedacht und mit Genugthuung hervorgehoben, daß die Eisenbahneinnahmen sich wesentlich gehoben und den aufgestellten Voranschlag sehr wesentlich überschritten haben. Die Finanzverwaltung des Landes nehme in allen Stücken einen regelmäßigen und befriedigenden Fortgang.

(L. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Paris, 29. November. Der bisherige Präsident der Nationalversammlung will die Wiederwahl ablehnen; an Stelle Bussells wird von der Rechten Daru. von der Linken Senard vorgeschlagen.

Der Großfürst Thronfolger wird morgen seine Reise nach Berlin fortsetzen. — Der englische Botschafter Lord Lyons ist gestern hier eingetroffen und hat die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen.

* Görlich, 27. Nov. [Getreidemarkt-Bericht von Max Steinbiss.] Wetter: trübe. Unser gestriges Markt bot im großen Ganzen das Bild einer allgemeinen Auflosgkeit und waren Preise sowohl für Weizen als Roggen eigentlich mehr nominal, denn der Verkehr blieb in engsten Grenzen. Rämentlich gilt dies von letztem Artikel, weil Conumenten ihre immer noch schwache Wasserkräftig jetzt vor dem Feste zum Weizenmahlen ausnützen müssen. In Weizen war hauptsächlich für feinste Qualitäten guter Begehr vorherrschend und konnte der Reihe nach jenseit Müller hierin zu wöhlerisch, nicht recht befriedigt werden. In Roggen wurden nur in exquisiter Waare einige Umsätze erzielt, welche jedoch zu den allzeitigen mehr als reichlichen Angeboten in geringem Verhältnisse stehen. Hafer bleibt in guter Waare zwar gefüllt, doch müssen Preise etwas nachgeben; geringe Qualitäten sind vernachlässigt. In Gerste tritt das Angebot recht dringend auf, während ein größerer Theil unserer Conumenten auf längere Zeit hinaus schon versorgt ist. Hülsenfrüchte reichlicher und billiger angeboten. In Mais sind die Zufuhren wegen der schlechten Communicationen in den Bezugsgegenden knapper geworden und halten Händler auf höhere Preise.

Gehandelt wurde: Weiß-Weizen per 170 Pf. Brutto 6½ - 7½ - 8½ Thlr. — pr. Wsp. pr. 200 Pf. Netto 76½ - 78½ - 79½ Thlr. bez. Gelbwiesen 5% - 3% - 2% Thlr. — pr. Wsp. 69½ - 67½ - 66½ Thlr. bez. u.

Br. Roggen 51½ - 5½ - 4½ - 5½ Thlr. = pr. Wsp. 64 - 63½ - 62½ - 62 Thlr. Gerste per 150 Pf. Brutto 4% - 3% - 2% - 1% Thlr. Br. Hafer per 100 Pf. Netto 3½ - 3% - 2% - 1% Thlr. bezahlt u. Brief. Erbsen per 180 Pf. Brutto 7 - 6% Thlr. bez. u. Br. Mais: alte Waare pr. Cr. 3 Thlr. bezahlt.

Berliner Börse vom 28. November 1874.

Wechsel-Course.

	Amsterdam 250 Fl.	8 T. 31	144 bz	Br. Roggen 51½ - 5½ - 4½ - 5½ Thlr. = pr. Wsp. 64 - 63½ - 62½ - 62 Thlr. Gerste per 150 Pf. Brutto 4% - 3% - 2% - 1% Thlr. Br. Hafer per 100 Pf. Netto 3½ - 3% - 2% - 1% Thlr. bezahlt u. Brief. Erbsen per 180 Pf. Brutto 7 - 6% Thlr. bez. u. Br. Mais: alte Waare pr. Cr. 3 Thlr. bezahlt.
do.	do.	2 M. 31	143½ bz	
Augsburg 100 Fl.	2 M. 41	56,20 G		
Frankf.a.M. 100Fl.	2 M. 5	—		
Leipzig 100 Thlr.	8 T. 6	99½ G		
London 1 Lst.	3 M. 5	62,25 G		
Paris 300 Frs.	8 T. 4	81½ bz		
Petersburg 100SR.	3 M. 5	93½ bz		
Warschau 80 SR.	8 T. 5	94½ bz		
Wien 150 Fl.	8 T. 4	91½ bz		
do.	do.	2 M. 41	90½ bz	

Fonds- und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anteile	1872	1873	Zl.
Aachen-Mastricht.	1	1½	4	28½ bz
Berg.-Märkisch.	6	3	4	83½ % bz
Berl.-Innhalt.	17	16	5	44½ bz
do. Dresden.	5	5	5	60½ bz

* Stettin, 28. November. [Marktbericht.] Im Waarenhandel hatte das Geschäft in der verflossenen Woche im Allgemeinen einen ruhigen Charakter, nur Petroleum war animirt, der Abzug blieb befriedigend. Petroleum. Loco-Ware war gesucht und da unsere Vorräthe in festen Händen sind und neue Zulieferer nicht mehr erwartet werden, so haben sich die Preise um $\frac{1}{2}$ Thlr. und der Verkehr ist recht rege gewesen. Der Markt schließt rubiger. Loco 3 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez. u. Br. November 3 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ Thlr. bez. December-Januar 3 $\frac{1}{2}$, 3 $\frac{1}{2}$ Thlr. Br. Januar 11 Mt. bez., Januar Februar 10,50, 10% Mt. bez., Februar 10,75 Mt. bez., September-October 11, 11,25 Mt. bez.

Kaffee. An unserem Blahe bleibt die Stimmung günstig, zumal die Vorräthe nicht bedeutend sind. Notirungen unverändert fest: Ceylon, Plantagen 12 $\frac{1}{2}$ -12 $\frac{1}{2}$ Sgr., Java, braun 13 $\frac{1}{2}$ -13 $\frac{1}{2}$ Sgr., gelb bis fein gelb 11 $\frac{1}{2}$ -12 $\frac{1}{2}$ Sgr., blank 11-11 $\frac{1}{2}$ Sgr., grün 10 $\frac{1}{2}$ -11 Sgr., Ceylon und Tellierry 10 bis 10 $\frac{1}{2}$ Sgr., Campinos und Rio gut ord. 9-9 $\frac{1}{2}$ Sgr., reell ordinär 8 $\frac{1}{2}$ -8 $\frac{1}{2}$ Sgr., ord. bis gering ordin. 8 $\frac{1}{2}$ -7 $\frac{1}{2}$ Sgr. trans. reell ordinär 8 $\frac{1}{2}$ -8 $\frac{1}{2}$ Sgr., ord. bis gering ordin. 8 $\frac{1}{2}$ -7 $\frac{1}{2}$ Sgr. trans. Das Geschäft war schwach und die Notirungen sind unverändert: Java Tafel 10 $\frac{1}{2}$ -11 $\frac{1}{2}$ Thlr., Rangoon 4 $\frac{1}{2}$ -4 $\frac{1}{2}$ Thlr., do. Tafel 5 $\frac{1}{2}$ -6 $\frac{1}{2}$ Thlr., Arracan 4 $\frac{1}{2}$ -5 $\frac{1}{2}$ Thlr., Vorlauf und Tafel 5 $\frac{1}{2}$ -6 Thlr., Bruchreis 4-4 $\frac{1}{2}$ Thlr. transito.

Hering. Das Geschäft in Schotten ist in den Platz-Umsächen wenig belebt gewesen, und Preise geben etwas nach, der Abzug war der Jahreszeit nach sehr befriedigend. Crown und Bullbrand wurden mit 13 $\frac{1}{2}$, 13 $\frac{1}{2}$, 12 $\frac{1}{2}$ Thlr. trans. bezahlt, 13 $\frac{1}{2}$ -13 $\frac{1}{2}$ Thlr. tr. nach Dual. gef. ungestemp. Bullbranding 11-12 $\frac{1}{2}$ Thlr. trans. nach Qualität gefordert, Ihlen Crownbrand 9 $\frac{1}{2}$ -10 $\frac{1}{2}$ Thlr. trans. bezahlt, 9 $\frac{1}{2}$ Thlr. gefordert, Matjes Crownbrand 8% Thaler trans. bezahlt und gefordert, eine Partie ging zu nicht bekannt gewordenen Preisen um. Der Verkehr in Settringen war ziemlich rege und wurde Kaufmanns- mit 9 $\frac{1}{2}$ -10 $\frac{1}{2}$ Thlr., groß mittel 9-10 Thlr., reell mittel 5 $\frac{1}{2}$ -6 $\frac{1}{2}$ Thlr. und klein mittel 4 $\frac{1}{2}$ -5 Thlr. trans. in Auction bezahlt. Sloehering stille, neuer 10% Thlr. transito gefordert, alter 8% Thlr. transito gefordert.

Sardellen waren in Holland etwas matter, hier 1874er 18 Thlr. gefordert, 1873er 25 Thlr. gef., 1872er 27 Thlr. gefordert.

Triest, 28. November. Der Lloyd-dampfer "Aurora" ist mit der ostindisch-chinesischen Überlandpost heute Nachmittag 5 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten. (Aus Wolff's Telegr.-Bureau)

Berlin, 29. November, Nachmittags 1 Uhr. [Privat-Verkehr.] Still's Geschäft bei schwächeren Coursen. Creditactien 138 à 137 $\frac{1}{2}$ à 138, Franzosen 183 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Galizier 107 $\frac{1}{2}$ à 107 $\frac{1}{2}$, Lombarden 78 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., Nordwestbahn 84 $\frac{1}{2}$ Cassa, pr. Decbr. 84, Papierrerente 63 $\frac{1}{2}$, Silberrente 68 $\frac{1}{2}$ etwas 68%, pr. December 68%, 1860er Loos 106 $\frac{1}{2}$ Br., 1864er Loos —, Bergisch-Märkische 83%, Köln-Mündener 128, Laurahütte 133 $\frac{1}{2}$, Dortmund Union 32 $\frac{1}{2}$, Nordwestbahn 146 $\frac{1}{2}$, Provinzial-Disconto-Bank —, Anglo-deutsche Bank 47, do. neu 67 $\frac{1}{2}$, Dänische Landmannh. —, Dortmund Union 33, Wiener Union bank —, 64er Russ. Prämiens-Anleihe —, 66er Russ. Prämiens-Anleihe —, Amerikaner de 1882 93, Köln-M.-St. Actien 128, Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 136, Bergisch-Märkische 83 $\frac{1}{2}$, Disconto 4 $\frac{1}{2}$ p.Ct. — Wett.

Hamburg, 28. Novbr. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, beide auf Termine ruhig. Weizen 126 Pf. pr. November-December 1000 Kilo netto 186 Br., 185 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 186 Br., 185 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 191 $\frac{1}{2}$ Br., 190 $\frac{1}{2}$ Gd. Roggen pr. November-December 1000 Kilo netto 163 Br., 162 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 160 Br., 159 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 Br., 152 Gd. Hafer fest. Gerste fest. Rüben still, loco und per November 56, pr. Mai pr. 2 $\frac{1}{2}$ Pfund 158 $\frac{1}{2}$. Spiritus still, per November und per December-Januar 46, per März-April und pr. April-Mai pr. 100 Liter 100% 46%. Rahee sehr matt, Umsatz 2000 Sad. — Petroleum behauptet, Standard white loco 10, 10 Br., 10, 00 Gd., pr. November 10, 00 Gd., pr. Decbr. 10, 00 Gd., pr. Januar-März 10, 25 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 29. Novbr. Nachmittags. [Privatverkehr.] Creditactien 205 $\frac{1}{2}$, Franzosen 686, Lombarden 293, Rheinische Bahn 136, Bergisch-Märkische 83 $\frac{1}{2}$, Köln-Mündener 128, Laurahütte 133 $\frac{1}{2}$, Dortmund Union 32 $\frac{1}{2}$, Nordwestbahn 146 $\frac{1}{2}$, Hamburger Commerzbank 81, Amerikaner 92 $\frac{1}{2}$. Anfangs matt, Schluss fester.

Liverpool, 28. November, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Ruthmässlicher Umsatz 10,000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 3000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 28. November, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Matt.

Middle. Orleans 8%, middl. amerikanische 7%, fair Dohlerah 5%, middl. fair Dohlerah 4%, good middl. Dohlerah 4%, middl. Dohlerah 3%, fair Bengal 4%, fair Broad 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 5%, fair Madras 5, fair Pernam 8, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 8%.

Upland nicht unter good ordinary Januar-März-Verschiffung 7% D.

Amsterdam, 28. November. Vanczin 58 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam, 28. November, Nachm. (Getreidemarkt.) (Schlussbericht.) Roggen pr. März 186, pr. Mai 183.

Antwerpen, 28. Novbr. [Petroleum-Markt.] (Schlussbericht.) Raffineries, Type weiß, loco 25 bez. u. Br., pr. November 24 $\frac{1}{2}$ bez., pr. December 24 $\frac{1}{2}$ bez. u. Br., pr. Januar 25 $\frac{1}{2}$ Br., pr. Januar-März 25 Br. — Weichend.

Bremen, 27. Novbr. Petroleum. (Schlussbericht.) Standard white loco 10 Mt. 40 Pf. Ruhig.

* Breslau, 30. Novbr., 9 $\frac{1}{2}$ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Marte war schleppend, bei reichlichem Angebot, Preise schwach preishaltend.

Weizen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 5% bis 6% Thlr., gelber 5% bis 6 $\frac{1}{2}$ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

*) ver medio resp. per ultimum.

Stadt-Theater.
Montag, den 30. November Zum 7. Male: Mit neuen Decorations, Maskinerien, Costümen und Requisiten: „Der Blumen Nach.“ Phantastisches Ballet in 1 Akt nach dem Freiligrath'schen Gedicht vom Balletmeister Ambrogio. Musik von Baron von Hornstein. Vorher: Zum 5. Male: „Familie Hörr.“ Schwank in 3 Alten v. Anton Anno.

Lobe-Theater.
Montag. Zum 2. Male: „Ein Erfolg.“ Lustspiel in 4 Alten von Paul Lindau. [6137]

Thalia-Theater.
Montag, den 30. November. Zweites Gastspiel des Fr. Ernstine Wegner und Hrn. Engels (erste Souvreite und erster Komiker) vom Wallner-Theater in Berlin. Zum 12. Male: „Der große Wohlthäter.“ Volksstück mit Gesang in 3 Alten und einem Vorspiel von H. Wilken. Musik von A. Bial. (Adolphine Bugbogen, Fr. Ernstine Wegner; Pulver, Herr Engel s.)

Dinsdag, den 1. December. Letztes Gastspiel des Fr. Ernstine Wegner und Herrn Engels. [7135]

Städt. (alte) Ressource.
Wegen der am 3. December stattfindenden [7134]

Waldeck-Theater
fällt die sonst übliche Männer-Versammlung am 1. Dec. diesmal aus.

Aller, die so freundlich unserer Silber-Hochzeit gedachten, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank!

Carl Rösner u. Frau,
Wüstewaltersdorf.

Ein anständiges Mädchen empfiehlt sich den geehrten Herrschäften zum täglichen Frühstück. [7104]

Ida Schmalz, Werderstr. 11.

Zur 151. Agl. Preuß. Staats-Lotterie,
Hauptgewinne 150,000, 100,000, 50,000 Thlr. Ziehung der 1. Klasse

6. Januar 1875, verkauf und versendet Anteil-Loose 1 $\frac{1}{2}$ à 13 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ à 6 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ à 3 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ à 1 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ à 8 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ à 12 $\frac{1}{2}$, 1 $\frac{1}{2}$ à 14 $\frac{1}{2}$ Thlr. das vom Glück am meisten begünstigte Lotterie-Comptoir von August Fröse

in Danzig. [6625]

F. G. Hejna
[2129] in Tautenburg (Böhmen).

Die Russische Caviar-

Niederlage von B. Persicander in Myslowitz

erhält wöchentlich frische Sendungen von Astrachaner Caviar und verendet gegen Nachnahme das Brutto-

Pfund mit 42 $\frac{1}{2}$ Sgr. [6808]